

NOTIFAX

06-07-2018 bis -13-2018

INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSKOMMISSIONEN

Der UN-Hochkommissar ruft die Regierung auf, die Massaker zu beenden und die Paramilitärs zu entwaffnen

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, forderte die nicaraguanische in einer Presserklärung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verluste an Menschenleben zu verhindern, die Straflosigkeit zu beenden, den Opfern Gerechtigkeit zukommen zu lassen und die "regierungstreuen bewaffneten Elemente" aufzulösen.

Weiter erklärte der Hochkommissar, dass die Gewalt und Repression, die das Land erlebe, "Ergebnis der systematischen Erosion der Menschenrechte im Laufe der Jahre ist, was (...) die allgemeine Fragilität der Institutionen des Rechtsstaates offenbart".

Die Regierung muss wirkliche Maßnahmen gegen die Verletzung der Menschenrechte ergreifen

"Obwohl ich der nicaraguanischen Regierung dafür dankbar bin, dass sie das Büro der UN für Menschenrechte eingeladen hat, das Land zu besuchen, dränge ich die Behörden wirkliche Maßnahmen zu ergreifen, mit der die schwere Situation anerkannt wird und mit denen sie ihren Verpflichtungen gegenüber den Menschenrechten nachkommt und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreift, um weitere Tote zu verhindern".

"Mein Team hat Zeugnisse von tiefer Frustration und Verzweiflung gehört, sowie von allgemeiner Furcht. Es ist notwendig, reale Garantien zu schaffen, damit die Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Vereinigung ausüben können. Auch muss das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung garantiert werden".

Er bezeichnete es von "vitaler Wichtigkeit", dass die Beweise, einschließlich der medizinischen und rechtlichen Dokumentationen aufbewahrt werden. Das Menschenrechtsbüro der UN wird seine Arbeit des Monitorings und der technischen Hilfe fortsetzen und ihre Aktivitäten mit der Interamerikanischen Menschenrechtskommission koordinieren.

CHAOS

Drei Tote und über 20 Entführte bei einem Angriff auf das Barrio Sutiaba in León

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Der Pfarrer der Kirche San Pedro in León, Victor Morales, berichtete am Donnerstagmittag, dass drei junge Männer im Alter von 21 bis 24 Jahren bei einem Angriff von Paramilitäres und Antimotines auf das indigene Barrio Sutiaba ums Leben kamen.



Die Angehörigen von López sagen, der Junge sei noch lebend ins Krankenhaus gebracht worden.
Foto LA PRENSA/E.LÓPEZ

Der Angriff hatte um 5 Uhr in der Frühe begonnen, als im Barrio Sutiaba eine große Anzahl vom Paramilitärs und Antimotines auf ca 20 Pickups aufgetaucht waren. Sie griffen mit schweren Waffen und Tränengasbomben die dortige Bevölkerung an und verhafteten auf illegale Weise 20 junge Menschen. Einige holten sie aus ihren Häusern und brachten sie an einen unbekanntem Ort.

Die bewaffnete Gruppe kam nach Sutiaba, um die "Operation Säuberung" in der Absicht durchzuführen, die über 300 Barrikaden abzuräumen, die die Bevölkerung der Gegend errichtet haben, um sich vor den orteguistischen Gruppen zu schützen.



Bewaffnete sandinistische Schlägertruppe fahren durch die Straßen Leons.
Foto: LA PRENSA/Eddy López

Der Direktor des Radios Darío, Aníbal Toruño, berichtete, dass zwei seiner Mitarbeiter verprügelt wurden, als sie die Aktion filmten. Dabei sei auch ihre Ausrüstung mit der sie live übertrugen von den Paramilitärs zerschlagen worden.

Subjekte ermorden in Managua einen Fahrer mit drei Schüssen

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Subjekte mit einem Motorrad ermordeten am Donnerstag den 34jährigen José David Castro Ruiz mit drei Schüssen. Castro arbeitete als Fahrer bei einer Getränkefirma. Er hatte gerade mit anderen Arbeitern seine Waren in einem Geschäft abgeliefert, als die Männer auf ihn schossen.

Nach Aussagen von Anwohnern hatten die Subjekte Castro überfallen. Als er ihnen die gesamten Einnahmen in Höhe von 1.000 Córdobas (ca \$30) übergab, ärgerten sie sich und erschossen ihn. *(Gute Zeiten für Kriminelle M.R.)*

Die Leiche eines Mannes wurde in der Nähe von Villa San Jacinto, Managua, auf der Straße gefunden.

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Am Donnerstag in der Frühe fanden Anwohner von Villa San Jacinto die Leiche eines Mannes auf der Straße liegen. Der Körper wies mehrere Einschüsse auf und wurde ins gerichtsmedizinische Institut gebracht.

Nach Aussagen von Wächtern der Gegend hatte der Mann noch ca 10 Minuten gestöhnt bevor er starb. Sein Mörder sei in Richtung des Barrios Ayapal weggelaufen. Zwei weitere Vermummte seien noch einmal zurückgekehrt, um nach dem Mann zuzuschauen. Sie seien dann aber geflüchtet, als sie die Wächter kommen sahen.

Obwohl man weder die Identität des Toten noch die Tatumstände kennt, vermuten die Anwohner, dass es sich um Kriminelle handelte, bei denen irgendetwas schief gelaufen war, denn man hatte zuerst einen Streit gehört und danach die Schüsse.

Seit Beginn der Krise ist das Barrio Villa San Jacinto in die Kriminalität versunken. Doch handelt es sich hierbei um das erste Todesopfer in der Gegend.

Sandinist tot auf einer Müllhalde in Jinotepe aufgefunden

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Bewohner des Barrios Ana Virgen Noble von Jinotepe berichten, vermummte Subjekte, die auf einem Pickup fuhren, hätten am Donnerstag die Leiche Roberto Castillo Cruz auf eine wilde Müllhalde des Ortes geworfen.

In der Nacht des 25.Juni hatte man bereits seinen 23jährigen Sohn Christopher ermordet. Den Jungen hatten zwei Schüsse getroffen, einer in den Hals, ein anderer in den Rücken.

Die Leiche von Castillo Cruz, der aktives Mitglied der Frente Sandinista von Jinotepe war und für das Rathaus arbeitete, wurde von den Anwohnern mit einer schwarzen Plastikfolie abgedeckt zwischen dem Müll aufgefunden. Bis jetzt ist das Tatmotiv unbekannt, doch vermutet man, dass er durch ein von Paramilitärs abgefeuertes Geschoss getötet wurde.



Foto: LA PRENSA/CORTESÍA

Polizistin entführt

Das der FSLN von Carazo nahestehende Netzwerk der Kommunikatoren gab auch die Entführung und Folterung der Polizistin Yadira Calero, sowie die Ermordung ihres Lebenspartners bekannt.

Aus Kreisen der oppositionellen Bevölkerung heißt es, niemand hätte etwas mit diesen kriminellen Taten zu tun. Sie meinen, die Regierung versuche es ihnen zuzuschieben, um sie dann anklagen zu können.

Landbesetzer dringen auf ein Grundstück des ehemaligen Bürgermeisters von Granada

Auszug aus La Prensa 06-07-2017



Foto: LA PRENSA/L.VARGAS

Seit Montag haben sich auf der Finca Bilbao, die dem ehemaligen Bürgermeister von Granada, Silvio Urbina, gehört, über 200 Familien mit der Begründung niedergelassen, sie hätten kein Haus, in dem sie mit ihren Kindern leben könnten. Auch das der Finca benachbarte Grundstück der Familie Chamorro wurde besetzt. Man kann dort mit Macheten und Prügeln bewaffnete junge Männer sehen, die unabhängigen Journalisten drohen, falls sie sie fotografieren sollten. Einige Zeugen erklären, die Landbesetzer stammten aus dem Barrio Maldito.

Der ehemalige Bürgermeister Silvio Urbina sagte La Prensa, die Finca hätte 15,5 ha und eine Hacienda. Zu ihm seien zwei Personen mit Namen Kenia und Olga gekommen und hätten ihm gesagt, er solle ihnen die Grundstücke zu moderaten Preisen verkaufen.

Wertvolles Grundstück

“All den Leuten, die jetzt meine Finca besetzen, habe ich Land gegeben, als ich noch Bürgermeister war und jetzt zahlen sie es mir so zurück. Ich habe das den Leuten auch gesagt, doch sie sagten, jetzt wollten sie Häuser für ihre Kinder und Enkel“. Er erklärte, dass Grundstück sei sehr wertvoll, da es in Stadtnähe liege und man dort ein Hotel bauen könne.

Urbina berichtet, er habe am Vormittag beim Polizeichef Kommissarmajor Alejandro Ruíz Anzeige erstattet. Dieser habe ihm geraten, er solle sich an die Kriminalpolizei wenden und Polizeischutz beantragen. Weiter habe er ihn versichert, dass die Regierung damit nichts zu tun habe.

Man soll es ihnen verkaufen

Die Anführerin der Landbesetzer Kenia Jarquín Rojas erklärte nach dem Treffen mit Urbina, es sei sehr positiv verlaufen und sie forderte alle auf, weder das Obst anzulangen noch die Finca zu beschädigen. Trotzdem habe es Leute gegeben, die Schäden anrichteten, doch diese hätten nicht zu der organisierten Gruppe gehört.

“Es gibt Leute, die das nicht verstehen und ihnen erklären wir, dass wir nichts stehlen. Wir wollen nur, dass man uns ein kleines Stück Land verkauft. Viele Leute sagen, ich sei kriminell, aber unsere Taten sprechen für uns“.

Die Frau sagte, dass ihr die Familie Urbina leid tun würde. Als sie zu dem Bürgermeister gegangen war, habe dieser sie trotz des Vorgefallenen gut behandelt. "Leider macht es uns die Situation des Landes nicht möglich, Miete zu zahlen und deswegen entschieden wir uns, Land zu besetzen". Man solle ihnen Platz geben, um für sich eine würdige Unterkunft bauen zu können. Alle Personen, die auf dem Platz seien, seien Frauen.

Sie besetzen Land und verkaufen es anschließend

Jarquín erklärte, es gebe Leute, die ein Haus besitzen, ihnen werde man kein Grundstück geben und sie rauswerfen. Gleichzeitig beschuldigte sie eine Frau namens Margarita, die die Angewohnheit habe, Land zu besetzen und es anschließend zu verkaufen.

Jarquín erklärte, dass diese Leute die Frente Sandinista (FSLN) und das Rathaus bitten werden, ihnen dabei zu helfen, das Land der Familie Urbina zu kaufen. Sie versicherte jedoch, dass die Landbesetzung weder mit der gegenwärtigen Lage etwas zu tun hätte noch politische Interessen dahinter stünden.

Landbesetzer nehmen sich ein weiteres Grundstück in Granada

Auszug aus La Prensa 06-07-2017

Ein weiteres Grundstück wurde in dieser Woche in Granada besetzt. Es gehörte nach Angaben der Besetzer der verstorbenen Magda Briones. Inoffiziell wurde bekannt, dass das Grundstück mit einer Bankhypothek belastet ist.



Landbesetzer übernahmen ein weiteres Grundstück in Granad. Foto: LA PRENSA/ LUCÍA VARGAS

Der Organisator einer der drei Besetzergruppen, José Luis Castillo, erklärte, man habe bereits die einzelnen Flurstücke (8x15m) für 78 Familien vermessen. Castillo sagte, er sei sich darüber im klaren, dass das Grundstück weit außerhalb der Stadt liege, aber die Leute bräuchten einen Platz zum Leben.

"Das Land gehört Doña Magda Briones und ihrer Familie. Wir haben nichts legales in unseren Händen. Aber wir werden eine Zählung vornehmen und diese dem Rathaus und der Generalstaatsanwaltschaft vorlegen, damit sie wissen, dass dort, wo es vorher nur Pferdeköpfe gab, jetzt Menschen wohnen".

Der Mann erklärte, angesichts der Notwendigkeit ein würdiges Haus zu haben, handele es sich hier um eine friedliche Besetzung. Seine Gruppe fordere weder Geld noch Personalausweise, so wie dies andere tun würden.

Sie fordern es, um es danach zu verkaufen

Der komunitarische Führer des Barrios de El Pantanal, Francisco Chávez, erklärte, die Mehrheit dieser Familien stammten aus dem gleichen Barrio. Bis zu drei Familien lebten dort in nur einem Haus und daher würden sie leerstehende Grundstücke besetzen. "Einige haben es nötig, aber viele fordern es, um es anschließend zu verkaufen. Es ist ihr Geschäft".

Chávez meint, dass das Grundstück der Doña Magda Briones auch von Familien besetzt wurde, die bereits auf dem Land des ehemaligen orteguistischen Bürgermeisters Silvio Urbina sitzen.

"Es sieht so aus, als habe die gegenwärtige Krise des Landes die Leute dazu motiviert, sich privates Land zu anzueignen, da es jetzt kein Gesetz mehr gibt". Chávez berichtete, dass sich bereits acht Führungen bei den Besetzern gebildet haben, was zu Streitigkeiten geführt habe.

Die Alianza Cívica verschiebt die für Samstag angesagte Demonstration und kündigt einen neuen 24stündigen Generalstreik an

Auszug aus La Prensa 07-07-2017

Die Alianza Cívica hatte für heute zu einer Demonstration unter den Titel "Gemeinsam sind wir ein Vulkan" aufgerufen. Nachdem die sandinistische Regierung jedoch für den gleichen Tag zu einer Gegendemonstration aufgerufen hat, wurde die Demonstration zum Schutze der Bevölkerung um eine

Woche verschoben. Gleichzeitig wurde für Freitag, den 13. Juli zu einem 24stündigen Streik aufgerufen.

In einer Pressekonferenz erklärte die Alianza am Freitag, man werde die Proteste auf den Straßen intensivieren, denn man dürfe das Opfer von hunderten von Menschen nicht vergessen, deren Blut vergossen wurde und auch nicht die Trauer der Mütter der über 300 Getöteten.

Der Studentenführer Lesther Alemán berichtete, dass in einigen Städten wie Granada, León, Ometepe und Rivas bereits einige Demonstrationen für Samstag vorbereitet waren und man diese auch durchführen werde. Alle Departements würden sich jedoch am Donnerstag den 12. Juli zu einer nationalen Demonstration vereinen.

Sie wollen eine klare Antwort

In der Erklärung zum Generalstreik am 13. Juli heißt es, Ziel sei es, von Daniel Ortega eine klare Aussage zu vorgezogenen Wahlen zu erhalten. Sein fehlender Wille sei das Hindernis zu einer Lösung der Krise, die Tag für Tag mehr Tote, Entführungen, Krüppel, Verletzte, Verschwundene und Menschen hinterlässt, die in Armut verfallen.

Cosep ruft zur Teilnahme am Streik auf

Der Vorsitzende des Unternehmerverbands Cosep Adán Aguerri, rief alle Firmen dazu auf, ihren Beschäftigten die Teilnahme an den Demonstrationen zu erlauben. "Damit wir die gleiche erfolgreiche Teilnahme am Nationalen Streik erzielen wie am 14. Juni".

Aguerri erklärte, die Privatwirtschaft sei sich einig und werde trotz der repressiven Maßnahmen weiterhin Gerechtigkeit und Demokratie fordern.

Banken mit Geldstrafen belegt

Der Cosep-Präsident berichtete, die Bankenaufsicht habe die Privatbanken mit Geldstrafen belegt, die sich geweigert haben, die Namenslisten der Kunden vorzulegen, die seit Beginn der Krise mehr als 50.000 Dollar von ihren Konten abgehoben haben. Die Banken hatten sich mit Verweis auf das Bankgeheimnis geweigert.

Die Bevölkerung schützt sich vor möglichen Angriffen der Paramilitärs

Auszug aus La Prensa 07-07-2018

Angesichts der zunehmenden Gewalt paramilitärischer Gruppen im Land, wenden die Regimegegner eigene Methoden zur ihrem Schutz an, da schon das einfache Tragen einer nicaraguanischen Fahne oder jedes anderen Merkmals des bürgerlichen Protests Gefahren für die persönliche Sicherheit mit sich bringen können.

Zu Beginn der bürgerlichen Proteste hatten viele Bürger an ihren Fahrzeugen kleine blauweiße Fähnchen angebracht oder Hemden mit Botschaften getragen, doch wegen der ständigen Attacken durch Paramilitärs machen sie das jetzt nicht mehr, außer bei Versammlungen und großen Demonstrationen.

Der Philosoph und Forscher Mario Sánchez meint, dass es eine Terrorkampagne gegeben habe, mit versucht habe, durch Anwendung extremer Gewalt die Realität unsichtbar zu machen.

So hatten Ende Mai sechs Schläger Marlon Orozco verfolgt, als er nachhause ging und ihm in die Stirn geschossen. Der Grund: er hatte eine nicaraguanische Fahne getragen.

Trotz der Repression befolgen die Menschen in den verschiedenen Teilen des Landes die Aufrufe zu Versammlungen und Demonstrationen. "Die Leute machen trotz all der Gewalttaten mit großem Mut weiter", erklärte Sánchez.

Der Soziologe Manuel Ortega Hegg meint, dass die Repression dazu zwingt, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Eine davon ist, sich nicht klar als Gegner der Regierung zu erkennen zu geben.

Der Experte erklärt, der zivile Kampf habe die Rückgewinnung der nationalen Symbole für alle mit sich gebracht, doch die Regierung empfinde dies als Bedrohung, als einen Angriff auf ihre Hegemonie als einer Partei, die über der Gesellschaft steht.

“Plan Reinigung”

Für den Sicherheitsexperten Roberto Cajina führen die "Reinigungsoperationen", die Polizei und Paramilitärs in verschiedenen Teilen des Landes durchführen, nicht nur dazu, dass Barrikaden abgerissen werden, sondern auch alle sterben, die Straßensperren errichtet haben und sie verteidigen und alle, die sie unterstützen, sowie jeden, der das Ende des Regimes, die Einführung der Demokratie und Gerechtigkeit für die Verbrechen fordert. "Es ist eine extreme Maßnahme, die ihre Schwäche zeigt und dass sich Daniel Ortega und Rosario Murillo nur mit ihrer kriminellen repressiven Kapazität an der Macht halten".

Medizinisches Personal wird von Gewerkschaftern und orteguistischen Parteimitgliedern bedrängt

Auszug aus La Prensa 07-07-2018



Unabhängige Ärzte und Studenten haben Verwundete versorgt, denen Krankenhäuser die Aufnahme verweigert haben. Foto: LA PRENSA/JADER FLORES

Die Comisión Permanente de Derechos Humanos (CPDH) betreut mehrere Angestellte medizinischer Einrichtungen, die Ziel illegaler Verhaftungen, Drohungen, Diskriminierung und Angriffe geworden sind.

Die Angriffe hatten begonnen, nachdem einige sandinistische Parteimitglieder und Gewerkschafter sie auf Listen gesetzt und diese mit der Beschuldigung ins soziale Netz gestellt haben, sie würden mit den bürgerlichen Demonstrationen des nicaraguanischen Volkes zusammenarbeiten.

Das medizinische Personal stand unter Druck, nachdem sie die vermutliche Anweisungen der Gesundheitsministerin Sonia Castro befolgt hatten, die Demonstranten nicht behandeln. Viele der

Ermordeten waren wegen fehlender angemessener Versorgung in den staatlichen Krankenhäusern gestorben.

Drohungen in den sozialen Netzen

In den sozialen Netzen wurde die Liste von Ärzten mit Angaben ihres Arbeitsplatzes, Fachrichtung und Fotos veröffentlicht.

Dort hieß es: "Sandinistische Parteimitglieder lernt diese Opportunisten und Vaterlandsverräter kennen, die im Hospital Solidaridad arbeiten, Nutzen von der Regierung ziehen und sie in die Luft gehen lassen.....sie sind unverschämtwie Verräter beißen sie in die Hand, die sie füttert".

Eine andere Botschaft im Internet lautet: "Das sind kriminelle Straßensperrler, die sich mit aus dem Krankenhaus von Juigalpa gestohlenen Medikamenten und Material versorgen....und es sind miserable Beschäftigte".

Mit dem Stock angegriffen

Nach der Veröffentlichung der Liste wurde ein Arzt im Krankenhaus von einem politischen Aktivist des gleichen Krankenhauses mit einem Stock angegriffen und auf das rechte Bein geschlagen. Dabei sagte: "Das hat dir gefehlt....weil du das Radio Ya angesteckt hast". Der Arzt war anschließend 7 Tage arbeitsunfähig.

Gegen andere Beschäftigte wurden laut CPDH Disziplinarverfahren ohne jegliche Beweise eingeleitet. Nur um sie zu unterdrücken.

Weitere Angriffe

Am 05.Juli berichteten die Angehörigen der Ärztinnen Dr.Fatima Mercado Arias aus Masatepe und Dr.Dulce Maria Sánchez Maldonado aus San Rafael del Sur im sozialen Netz, dass diese zusammen mit ihren Männern von Polizisten verhaftet wurden, da sie vangeblich Demonstranten geholfen hatten, die in ihrem Ort Straßensperrungen errichteten.

Auch die Kinderchirurgin Darling Pérez, die in der Vorsorgeklinik La Asunción in Juigalpa arbeitet, musste drei Monate lang Angriffe bei der Arbeit ertragen, weil sie mit dem von Daniel Ortega gegen das Volk angerichteten Massakern nicht einverstanden war.

Unter der Willkür, die sie zu erleiden hatte, waren Änderungen der Arbeitsschichten, Wechsel des Büros und politische Abmahnungen wegen ihrer Facebookbeiträge, die nichts mit ihrer Arbeit zu tun haben. Schließlich strich man ihr die Schichten, wodurch sie Einkommenseinbußen erleidet.

In verschiedenen Teilen des Landes gehen die Menschen auf die Straße, um Gerechtigkeit und Ende der Repression zu fordern

Auszug aus La Prensa 08-07-2018

In den verschiedenen Teilen des Landes gingen Menschen auf die Straßen, um Gerechtigkeit für die über 300 getöteten Menschen und eine Beendigung der Repression der Regierung zu verlangen.

In **Somoto, Madriz**, gab es eine Demonstration in der Nähe des städtischen Marktes, um die Ablehnung der Regierung Ortegas zum Ausdruck zu bringen. Während der Demonstration pflanzte sich eine Gruppe sandinistischer Sympathisanten in der Nähe drohend auf.



Sympathisanten der FSLN in der Nähe der Veranstaltung Foto: LA PRENSA/William Aragón

Masaya. "Kein Repliegue mehr in Monimbó", "Álvaro Gómez presente, presente!" waren einige der Parolen, die man bei der Demonstration hörte, zu der die Bewegung 19. April in Masaya aufgerufen hatte. Angeführt wurde der Zug vom Salesianerpater César Augusto Gutiérrez.

Der Führer der Bewegung M19 in Masaya, Yubrank Suazo, dem man erst vor kurzem das Haus angezündet hatte, erklärte, die Tatsache, dass in diesem Jahr der Repliegue in Masaya nicht gefeiert werden konnte, sei ein Sieg der Bevölkerung.



Mit Fahnen, Masken und Halstüchern demonstrierten die Menschen in Monimbó.
Foto: LA PRENSA/Noel Gallegos

Boaco marschiert

Die Einwohner von Camoapa und Boaco gingen unter dem Motto "Gemeinsam sind wir ein Vulkan" auf die Straße. Alberto Martínez, einer der Veranstalter, erklärte: "Wir können nicht schweigen über das, was da in Nicaragua passiert. Wir müssen weiterhin Druck auf die Regierung ausüben, denn wir wollen ein freies Vaterland. Als Studenten und Bürger müssen wir die Angst verlieren und weiterhin die Stimme erheben. Denn Protestieren ist ein verfassungsmäßiges Recht, obwohl man den Befehl gegeben hat, uns zu töten".



Die Demonstration wurde von einer Autokarawane begleitet Foto: LA PRENSA/Cortesía

In Estelí wird erneut demonstriert

In Estelí zog ab 15.30 Uhr eine Demonstration durch die Hauptstraßen der Stadt und endete um 18 Uhr auf der Plaza Domingo Gadea. Die Demonstration zog auch durch einige Barrios und machte am Haus von Orlando Francisco Pérez Corrales halt, der am 20. April ermordet wurde. Es wurde eine Gedenkminute für all die jungen Leute abgehalten, die in Nicaragua getötet wurden, weil sie für Demokratie, Achtung der Menschenrechte und den Rücktritt Daniel Ortigas demonstriert hatten.



Jung und Alt sang in Estelí die Nationalhymne zum Gedenken an alle getöteten Demonstranten.
Foto: LA PRENSA/ROBERTO MORA

Jinotega vereint sich

Einen Monat nach dem Mord an Abraham Antonio Castro Jarquín demonstrierten die Bürger Jinotegas zu seinem Andenken. Die Demonstration begann mit einer Versammlung und zog dann durch die östlichen Barrios der Stadt, wo die Menschen, die nicht teilnehmen konnten, die Türen ihrer Häuser öffneten und mit weißblauen Fahnen winkten.

“Es herrscht Angst, die Leute glauben, dass sie die Demonstration angreifen werden, denn Polizei und sandinistische Jugend laufen in Militärklamotten herum, um die Leute zu identifizieren und Fotos von ihnen zu machen, um sie danach für Verleumdungen verwenden zu können. Aber wir, die wir keine Angst haben, gehen hier. Sie sollen Fotos von uns machen, wenn sie wollen und ihre AKs heben, wie sie es gemacht haben, um uns zum Schweigen zu bringen“, erklärte Margarita Meza, eine der Demonstrantinnen.

Obwohl man in Jinotega die Straßensperren bereits abgebaut hat, stehen in den östlichen Stadtteilen noch Barrikaden. Sie waren schon mehrfach von den Paramilitärs angegriffen worden, die der Bürgermeister Leónidas Centeno geschickt hatte.

Schlägertrupps greifen die Demonstration in Rivas an

In Rivas wurde die Demonstration zweimal mit Steinen, Mörsern und in die Luft abgegebenen Schüssen angegriffen. Das erste Mal geschah es in der Nähe des Markts und das zweite Mal im Barrio Santa Ana.

Die jungen Leute flüchteten in alle Richtungen. Die Schlägertruppe der Jugend Sandinista fuhr auf der Suche nach Demonstranten mit Motorrädern in den Straßen herum.



Die Demonstration in Rivas wurde zweimal von orteguistischen Schlägertruppen angegriffen
Foto: LA PRENSA/R.VILLAREAL

Auch das touristische Granada marschiert

Die Straßen Granadas wurden am Samstag auf friedliche Weise mit blauweißen Fahnen überschwemmt.



Friedlich ging die Demonstration durch Granada Foto: LA PRENSA/L.VARGAS

"Wir haben die ganze Gewalt gegen die Jugend Granadas satt. Wir verlangen, dass Daniel Ortega und seine Frau abtreten und dass die Polizei damit aufhört, herumzulaufen und die anständigen Menschen zu bedrohen, während man die Kriminellen noch dafür bezahlt, dass sie rauben, überfallen, brandstiften und die Geschäfte ausplündern", erklärte Aura Marina Espinales.

JUSTIZWILLKÜR

Die Staatsanwaltschaft kriminalisiert die bürgerlichen Proteste in Nicaragua

Auszug aus La Prensa 07-07-2018

Nach Meinung von Strafverteidigern hat die Staatsanwaltschaft mit ihren letzten Anklagen gegen Demonstranten in Sébaco, Tipitapa und Managua ihre Parteilichkeit und Selektivität gegenüber den Angeklagten und Opfern klar gezeigt und demonstriert, dass sie die Prinzipien der Objektivität und Legalität weit hinter sich gelassen.

“Sie hat sich offen dafür entschieden, die Mitglieder der Frente Sandinista zu schützen, die sie als Opfer darstellt indem sie das demonstrierende Volk zu Kriminellen macht“, erklärte der ehemalige Staatsanwalt Boanerge Fornos.

Die Absicht sei es, die Proteste, die ein verfassungsmäßiges Recht darstellen, zum Vorteil der Regierung zu kriminalisieren,. Man wolle die Protestierenden bei den internationalen Organisationen als gewöhnlichen Kriminellen darstellen und die Position der Regierung stärken.

Fornos erklärte, die Anklagen der Staatsanwaltschaft zeigten sehr offen, "eine Abstimmung mit der Regierung, die das Volk unterdrückt, was Straflosigkeit erzeugt und die paramilitärischen Kräfte bestärkt, ihre gewalttätigen und kriminellen Aktionen fortzusetzen, denn sie wissen, dass es keine Strafen geben wird".

Unter den Straftaten, die die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vorwerfen, befinden sich Terrorismus, organisiertes Verbrechen und schwerer Mord. “Die Staatsanwaltschaft hat dieses Organ der Justiz verbogen und manipuliert, um mit Gewalt die Vorfälle zu schweren Straftaten zu machen, um noch repressivere legale Vorteile zu erzielen“, erklärte der Anwalt Nelson Cortez.

Der Anwalt erklärte, damit es ein organisiertes Verbrechen gebe, benötige es einer organisierten Struktur zur Begehung von Verbrechen, während die Vorfälle in Nicaragua sich nach den Ereignissen im April spontan ergeben haben".

Das Volk verteidigt sich

Für den Anwalt Nelson Cortez hat sich das nicaraguanische Volk nur gegen die paramilitärische Horden verteidigt, die wahllos auf es schossen. "Was es gab, war eine legitime Verteidigung, denn die Demonstranten vereidigten sich gegen eine illegitime Aggression, da die Paramilitärs bewaffnete Zivilisten ohne jegliche Legalität sind. Es gibt keine Provokation, denn sie waren es die auftauchten und angriffen. Es gibt eine Proportionalität der Verteidigung, denn die Paramilitärs laufen mit Kriegswaffen bewaffnet herum. Objektiv darf es nicht einmal eine Beschuldigung geben".

In dieser Woche hat die Staatsanwaltschaft 23 junge Menschen wegen Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Mord und Besitz von Schusswaffen und anderer Vergehen angeklagt.

USA

Die USA verhängen gegen Francisco Díaz, Francisco López und Fidel Moreno Sanktionen wegen Verletzung der Menschenrechte und Korruption

Auszug aus La Prensa 06-07-2018

Die US-Regierung verhängte am Donnerstag gegen drei nicaraguanische Funktionäre Sanktionen nach dem Magnitskygesetz. Es handelt sich dabei um Generalkommissar Francisco Díaz, den defacto Chef der Polizei und Mitschwiegervater Daniel Ortigas, den Schatzmeister der FSLN und

Vizepräsidenten von Alba de Nicaragua, SA, Francisco López, und den politischen Sekretär der Frente Sandinista von Managua.



Von links nach rechts: Francisco Díaz, Francisco López und Fidel Moreno.

Der Erste wird für die Repression des nicaraguanischen Volkes mit außergerichtlichen Exekutionen, einschließlich der Tötung von Kindern, verantwortlich gemacht.

López Centeno wird wegen Korruption sanktioniert. Er hat seit 2007 ohne irgendeine Kontrolle 3,6 Milliarden Dollar verwaltet. "Er wird beschuldigt seine Position zum eigenen Vorteil und dem seiner Familie genutzt zu haben und eigene Firmen für Regierungsaufträge verwendet zu haben".

Moreno "hat Gewalttaten der Sandinistischen Jugend und bewaffneter regierungstreuer Gruppen geleitet, die zahlreiche Menschenrechtsverletzungen während der Proteste gegen die nicaraguanische Regierung begangen haben".

Worin bestehen die Sanktionen?

Die Sanktionen nach dem Magnitskygesetz autorisieren den US-Präsidenten, den Betroffenen die Visa zu entziehen und ihr Vermögen einzufrieren.

Die USA zieht ihr nicht unbedingt notwendiges Botschaftspersonal aus Nicaragua ab

Auszug aus La Prensa 07-07-2018

Das US-Außenministerium zog wegen der Unruhen in Nicaragua alle nicht unbedingt notwendigen Mitarbeiter aus ihrer Botschaft ab.

Außerdem ordnete die US-Regierung an, dass alle ihre im Land verbleibenden Botschaftsangehörigen von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in ihren Häusern bleiben sollten und die Stadtteile Managuas meiden sollten, die von den Protesten am stärksten betroffen sind. Weiter verbot man ihrem Personal wegen der hohen Kriminalität Busse und Taxis zu benutzen und Bordelle zu besuchen.

Für ihre Staatsbürger erneuerte das US-Außenministerium die Reiswarnung für Nicaragua.

Zur Situation des Landes schreiben die USA: "Von der Regierung kontrollierte schwer bewaffnete paramilitärische Kräfte operieren in großen Teilen des Landes, manchmal zu hunderten".



Die US-Botschaft in Managua. LA PRENSA/ARCHIVO

Warnung vor Demonstrationen

Das Außenministerium warnt vor Demonstrationen und spontanen Versammlungen, die selbst in touristischen Zentren leicht in Gewalt umschlagen können. "Die von der Regierung kontrollierten Kräfte haben friedliche Demonstrationen angegriffen und eine beträchtliche Anzahl von Toten und Verletzten verursacht. Während der Unruhen kommt es oft zu Plünderungen und Brandstiftungen".

Weiter warnt die USA: "Im ganzen Land sind Krankenhäuser überfüllt von Opfern der Gewalt und sie haben nicht mehr die Kapazität auf andere Notfälle zu reagieren. Weiter gibt es ein Ansteigen der Kriminalität, da sich die Sicherheitskräfte auf die Unruhen konzentrierten.

MEINUNGEN UND FORDERUNGEN

Kritiker halten den Brief Humberto Ortegas für mit seinem Bruder abgestimmt

Auszug aus La Prensa 07-07-2018

Der Brief des Generals i.R. Humberto an seinen Bruder ist nach Ansicht sandinistischer Dissidenten mit Daniel Ortega abgesprochen worden, was man auf gut nicaraguanisch "compadre hablado" oder auf deutsch "unter Brüdern" nennt.

Der Dissident und ehemalige Mitglied der Regierungsjunta des nationalen Aufbaus in den 80er Jahren Moisés Hassan meint, die Brüder Ortega hätten diesen Brief als Teil der Verhandlungen über die Aufgabe der Macht geplant.

"All das ist compadre hablado. das ist nichts, was dem Köpfchen Humbertos entsprungen ist. Das ist abgestimmt. Daniel und Humberto haben sich abgesprochen, was sie in dem Brief sagen werden, denn obwohl die Leute nicht glauben, dass Daniel bereits akzeptiert hat zu gehen, verhandeln sie, wann und unter welchen Konditionen", sagte Hassan.

Der Soziologe und Dissident der sandinistischen Partei Oscar René Vargas meint, dass Humberto Ortega "immer als der Retter Nicaraguas, der Gemäßigte, Ausgeglichene und politisch Reife erscheinen möchte", doch der Brief, den er am Mittwoch veröffentlicht hatte, zeigt die Nähe zu seinem

Bruder, denn er macht ihn nicht für die Unterdrückung des Volkes verantwortlich, was für den Soziologen, "eine vollständige Geringschätzung des nicaraguanischen Volkes darstellt, dass unter dem Terror der von Ortega-Murillo organisierten Bewaffneten gelitten hat".

In dem er die Lösung durch vorgezogene Wahlen vorschlug, versuchte der General Ortega die jetzigen Umstände mit denen der Verhandlungen im März 1988 zu vergleichen, bei denen es zu dem Übereinkommen von Sapoá kam, das das Ende des bewaffneten Konflikts zwischen der Contra und der FSLN ankündigte.

Vargas hält diesen Vergleich jedoch für abwegig, denn "ein Frieden, der in einem Bürgerkrieg zwischen zwei feindlichen bewaffneten Seiten unterzeichnet wird, hat nichts mit dem zu tun, was heute passiert. Das ist kein Krieg, sondern Staatsterrorismus, denn das Volk ist unbewaffnet".

(Wie sehr sich Dissidenten auch täuschen können, sieht man gleich weiter unten M.R.)

"Opportuner" Brief

Der ehemalige Abgeordnete Pedro Joaquín Chamorro Barrios billigte die Botschaft des Generals i.R. und hält sie für positiv und versöhnlich.

"Sie ist sehr opportun und wichtig, damit wir nicht zu einem neuen Eritrea werden. Gebe Gott, dass DOS (Daniel Ortega) auf HOS (Humberto Ortega) hört und bald in der Richtung handelt, die wir uns alle wünschen. Die Essenz des Briefes des General Ortegas ist versöhnlich, da sie die vitalen Fragen der Bevölkerung aufgreift: Entwaffnung der Paramilitärs und vorgezogene Wahlen. Ich meine, dass die Aufhebung der Straßensperren zeitgleich mit der Ankündigung vorgezogener Wahlen und der sofortigen Entwaffnung der paramilitärischen Heerscharen erfolgen sollte".

DER NATIONALE DIALOG

Am Samstag fand in Managua eine regierungstreue Demonstration statt. Wie viele Menschen sich daran beteiligten, ist weder aus La Prensa noch aus El Nuevo Diario zu entnehmen. M.R.

Daniel Ortega schließt vorgezogene Wahlen aus

Auszug aus La Prensa 08-07-2018



Ein sichtlich abgemagerter Daniel Ortega mit seiner Frau Rosario Murillo. Foto: LA PRENSA/AFP

Der vom Wahlrat designierte Präsident Daniel Ortega schloss am Samstag vorgezogene Wahlen aus, wie sie von der Bischofskonferenz, dem OAS-Generalsekretär Luis Almagro; der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und selbst von seinem Bruder Humberto Ortega gefordert werden.

Ortega bestand darauf, alle als Putschisten zu beschuldigen, die von ihm verlangen abzutreten. In diesem Sinne erklärt er dann: "Wenn die Putschisten Präsident werden wollen, dann sollen sie das Votum des Volkes suchen, so wie es das Gesetz vorsieht".

"Es wird schon Zeit haben für die Wahlen, alles hat seine Zeit", erklärte Ortega auf der Zentralkundgebung seiner Demonstration auf der Avenida Bolívar in Managua.

Die Repression wird weiter gehen

Ortega erklärte: "Das Volk wird weiterhin für den Frieden kämpfen", damit "in ganz Nicaragua diese Orte verschwinden, an denen jeden Tag Verbrechen begangen werden".

Der Präsident beschuldigte diejenigen, die Straßensperren errichten des Mordes. Nach seiner Sicht sind das bezahlte Leute, "die in ihrer Dummheit die Wege zerstören" und "aus Hass Verbrechen begehen".

Er kritisierte auch die Bischofskonferenz, die (auf seinen Wunsch) als Vermittler beim Dialog fungiert, der derzeit stagniert, weil Ortega die Repression nicht stoppt.

"Christus hat nie gesagt: Töte deinen Bruder. Christus sagte liebe deinen Bruder. Und das ist es, was die Nicaraguanern tun müssen. Alle ohne Ausnahme, sogar die, die Verwünschungen ausstoßen und uns im Namen der religiösen Institutionen zum Tode verurteilen" (*Oh heiliger Daniel aus der Löwengrube jetzt auch noch als Theologe! M.R.*)

Bischof Báez reagiert

Minuten nach dieser Erklärung antwortete Bischof Silvio José Báez auf Twitter: "Wenn Daniel Ortega die katholische Kirche meint, wenn er von 'religiösen Institutionen' spricht, dann sollte er sich darüber im Klaren sein, dass die katholische Kirche keine Angst hat und dass sie immer den Frieden sucht, der aus der Gerechtigkeit entspringt und dass sie immer auf der Seite der Armen und Opfer steht".

Juan Sebastián Chamorro von der Alianza Cívica meint, die Botschaft an die Bischöfe stelle den Versuch dar, sie zu diskreditieren, aber er greife auch alle anderen an, die seine Repression verurteilten.

Chamorro erklärte, wenn Ortega auch die Realität des Landes negiere, so wüssten doch alle, dass die Toden durch die Repression der Polizei und parapolizeilichen Kräfte verursacht wurden. Die Alianza Cívica bleibe daher auf dem Standpunkt, dass die Situation bis 2021 unhaltbar ist und verlange deshalb den Abgang von Ortega und Rosario Murillo.

Für Chamorro ist es offensichtlich, dass den Aufrufen Ortegas nicht mehr so viele Leute folgen, daher musste er sich mit einer Veranstaltung begnügen, die nur über einige Straßenkreuzungen lief und auf die sandinistischen Feierlichkeiten des Repliegue von Managua nach Masaya musste er ganz verzichten.

"Der Comandante bleibt"

Die Geschichte wiederholt sich. 40 Jahre nach dem Fall des Somizismus riefen die Sympathisanten bei der Demonstration in Managua in die Regierungsmedien: "Er bleibt, er bleibt, der Comandante bleibt". Anastasio Somoza Debayle hatten die Seinen vor dem Sturz zugerufen: "Geh nicht, bleib!"

Daniel Ortega zu den Wahlen: Alles zu seiner Zeit

Auszug aus El Nuevo Diario 08-07-2018

Bei der Demonstration am Samstag beschuldigte Daniel Ortega seine Gegner als "Putschisten" und zu dem Vorschlag vorgezogener Wahlen meinte er "alles zu seiner Zeit".

In seiner Rede, bei einer Demonstration in Managua verteidigte er sein Handeln und erklärte, die "Putschisten" sollten versuchen, über Wahlen an die Macht zu gelangen.

Gegenwärtig gebe es Leute, die "Nicaragua wieder Ketten anlegen möchten". "Frei zu sein und aufzuhören Sklave zu sein, das ist es was das Volk will", meinte Ortega.

Unter starkem Polizeischutz war Ortega zusammen mit seiner Frau und Ersten Dame Rosario Murillo im Auto zum Hugo-Chávez-Kreisel gekommen, um sich am so genannten "Fußmarsch für Frieden und Sicherheit" zu beteiligen, den seine Anhänger zu seiner Unterstützung durchführten.